Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Berlin, 20. Febr. Ueber das Befinden des Kronprinzen veröffentlicht der „Reichs- und Staatsanz." heute folgendes Bulletin: San Remo, 20. Febr. Der Schlaf Sr. kaiserl. und königl. Hoheit des Kronprinzen war durch anfallsweise (anfallsweise?) auftretendes heftiges Husten unterbrochen. Kein Fieber. Auswurf reichlich, wie früher, und deutlich gelöst. Das Allgemeinbefinden ziemlich gut.

Wien, 20. Febr. Die „Politische Correspondenz" erhält übereinstimmende Berichte aus London und Rom, wonach einem russischen Vorschlage entgegengesehen werde, nach welchem die Mächte bei der Pforte gemeinsam erklären sollten, daß das Verbleiben des Prinzen Ferdinand in Sofia ungesetzlich sei.

Lemberg, 20. Febr. Das amtliche Blatt dementirt entschieden die Lemberger Meldung des „Warschauer Journals", wonach eine nach Krakau entsendete Commission der Statthalterei mit der dortigen Militärbehörde Modalitäten zur Bergung der Staatskassen und öffentlichen Fonds für gewisse Eventualitäten zu vereinbaren hätte.

Stettin, 20. Febr. (Getreidem.) Weizen fest, loco 157—161, April-Mai 166,50, Juni-Juli 170,50. Roggen unv., loco 101—113, April-Mai 116,50, Juni-Juli 121,50. Pommerscher Hafer loco 102 [illegible]. Rüböl matt, Februar 44,70, April-Mai 44,70. Spiritus matt, loco ohne Faß versteuert 97,10, [illegible]

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl. — Dresden, 1888.

Nr. 52. Dienstag, 21. Februar.

D.R. Patent. Thüre zu! Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Fernsprech-Anschluss Nr. **2100.** Prospecte gratis und franco. **18,000** Stück im Gebrauch. **Curt Heinsius,** Dresden-N., **Tieckstr. 27.**

Theater- und Masken-Garderobe I. Ranges
Dominos in schwarz und couleurt
Bertha Streng, Schlossstrasse 24, II.
(vis-à-vis Herrn Hof-Conditor Adam.)
Meinem alten Rufe getreu grösste Sauberkeit und Accuratesse. Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Schlossstr. 2, II.

Rath an Erfinder
Diese Broschüre ist kostenfrei zu beziehen von
Patentanwalt Rud. Schmidt, Dresden.
Bureau für Erwirkung deutscher und fremder Patente.

Haus Café Central.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon Nr. 389.

Prof. Dr. Jäger's Kameelhaar-Decken, Grösse 150/205 Mk. 17.50, 20.00, 22.00, 24.00, 27.00, Grösse 160/225 Mk. 30.00 und 32.00. Der Stempel erhöht den Preis **nicht,** sondern leistet nur Garantie für Echtheit der Waare. **Jean Schieme Nachf.,** Dresden, Neust. Rathhaus.

Spiegel: Die Kriegsgefahr, die bulgarischen Dinge, Studentenschaft und die Politik. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen, Etat der Eisenbahnen, Jahrestag der Reichstagswahlen. Schwurgericht. Violetta.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Seit der großen Reichstagsrede des Fürsten Bismarck am 6. Februar sind etwas über zwei Wochen verflossen. Haben sich die Erwartungen erfüllt, die der fürstliche Sprecher und mit ihm Deutschland an sie geknüpft hat? Darauf läßt es sich weder mit einem festen Ja, noch einem bestimmten Nein antworten. Die Antwort wird überhaupt verschiedenartig ausfallen, je nachdem man an eine der beiden Stellen denkt, auf welche die Kanzler-Rede berechnet war. Man muß unterscheiden zwischen der europäischen Friedenspartei und denjenigen Gewalten, die es durch ihr Thun und Lassen einzig in der Hand haben, alle Anstrengungen der Friedenspartei zu enttäuschen und eine kriegerische Lösung der Ungewißheit herbeizuführen. Was das große Publikum anlangt, so hat es die Mahnungen, welche der Reichskanzler mit großer Beredtsamkeit vortrug, wohl beherzigt. Es trägt der Versicherung des Fürsten Bismarck, daß er für die nächste Zeit einen Angriff von Seiten Rußlands nicht erwarte und daß Frankreich zur Zeit blos als Nachläufer Rußlands in Betracht komme, volles Vertrauen entgegen. Damit müssen alle Leute mit gesunden Nerven zufrieden sein. Nichts wirkt so lähmend und schädigend auf den Unternehmungsgeist, als die Besorgniß, daß eine unmittelbare Kriegsgefahr bevorstehe. Davon verschieden ist der auch vom Fürsten Bismarck deutlich hervorgehobene Umstand, daß im Laufe der Zeit die widerspruchsvollen Interessen der Großmächte im Oriente zu einem kriegerischen Conflicte auswachsen können. Medizinisch gesprochen (man wird ja durch die trüben Nachrichten aus San Remo unwillkürlich zur ärztlichen Ausdrucksweise getrieben): man hat zu unterscheiden zwischen akuter, unmittelbarer Kriegsgefahr und zwischen chronischer, schleichender Kriegsmöglichkeit. Die erstere hat der Reichskanzler ganz entschieden und unzweideutig in Abrede gestellt, zugleich aber die Völker ermahnt, sich auf die letztere einzurichten. Das Bewußtsein der Kriegsmöglichkeit haben wir seit Jahrzehnten ohne viel Herzklopfen ertragen und werden's auch in Zukunft thun. Dies um so ruhiger, als wir uns durch das Septennat und die neuerliche Bewilligung der Landwehr- und Landsturmvorlage darauf eingerichtet haben, unsere nationale Ehre, Besitz und Einheit auch gegen eine Welt in Waffen zu vertheidigen. Mögen Russen und Franzosen ein Kriegsbündniß abschließen oder nicht, mag kommen, was da will — Deutschland kann Allem kühl in's Auge schauen. Daß wir dies können, verdanken wir in wesentlichen Stücken unserem Reichstage und seinen vorgedachten Beschlüssen. Und hieran zu erinnern, ziemt sich heute, als am Jahrestag der letzten Reichstagswahlen, recht wohl.

Es ist richtig, daß die bulgarische Frage ihren Weg weiter schleicht. Damit kommen wir zu der anderen Adresse, an welche sich die Bismarck'sche Rede gerichtet hatte. Der Reichskanzler gab dem Zarenreiche einen deutlichen Fingerzeig, wie diese Frage einer friedlichen Lösung entgegenzuführen sei. Hat man sich in Petersburg diesen Wink zu Nutze gemacht? Man hat es behauptet und ebenso oft wieder bestritten. Darauf kommt aber eben Alles an. Deutschland schloß Bündnisse zur Sicherung des Friedens in Europa und band damit sowohl sich als die ihm befreundeten Mächte; Rußland aber schien bis in die neueste Zeit die völlige Ungebundenheit nach allen Seiten fortsetzen zu wollen. Diese sogen. Freiheit der Entschließung bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes, als das Recht zum willkürlichen Eingreifen in die europäischen Fragen, je nachdem Zufall und Umstände Rußland günstig erscheinen. In neuerer Zeit jedoch mehren sich die äußerlichen Anzeichen, als ob Rußland es für vortheilhaft erachte, sich mit den übrigen Mächten Europas behufs Neuordnung der bulgarischen Dinge in's Vernehmen zu setzen. Von der einen Seite meldet man, daß der nach Berlin zurückgekehrte russische Botschafter, Graf Schuwalow, ganz bestimmte, freundschaftlich gehaltene Vorschläge überbringe; Andere sprechen sogar von Einberufung eines europäischen Congresses. Das Publikum, das ohnehin nicht im Stande ist, in diesen diplomatischen Verhandlungen Wahres und Falsches zu unterscheiden, wird gut thun, sich mit Geduld zu wappnen, statt der Muthmaßungen erst die Ereignisse sprechen zu lassen und seine Erwartungen nicht zu hoch zu spannen. Die Schwierigkeiten sind ja groß genug. Rußland hat trotz seiner riesigen Geld- und Menschenopfer im letzten von ihm siegreich geführten Türkenkriege wesentlich an seinem Einfluß im Oriente verloren, während Oesterreich den seinen dort, ohne einen Tropfen Bluts zu vergießen, durch Besetzung Bosniens vergrößert und befestigt hat. Es handelt sich also darum, dieses von Rußland als demüthigend empfundene Verhältniß insofern umzuändern, daß Rußland in Bulgarien wieder als leitende Macht erscheint. Diese Gegensätze zu vereinigen, das ist eben die harte Nuß, welche die Diplomaten zu knacken haben. Dies möge man im Auge behalten, wenn jetzt Meldungen über die diplomatischen Unterhandlungen bezüglich Bulgariens von allen Seiten kommen. Sollten sich diese wiederum zerschlagen, nun, so steht die Welt wiederum da, wo sie vor der Reichstagsrede Bismarcks stand. Die Kriegsmöglichkeit hält noch wie vor an, ohne daß die Kriegsgefahr in größere Nähe gerückt wäre.

König Albert von Sachsen weilt in Leipzig. Ein Besuch der Universität und das Anhören von Vorlesungen daselbst bilden einen Hauptzweck seiner Leipziger Reise. Die Studentenschaft der sächsischen Landes-Universität wird nicht blos ihren rector magnificentissimus, den Schirmherrn der Hochschule, feierlich begrüßen, sie verehrt auch in dem geliebten Landesvater den deutschen Bundesfürsten, einen der ersten Paladine des Reichs. Der jubelnde Zuruf der deutschen Studentenschaft Leipzigs wird den sieggekrönten Feldmarschall umbrausen, dem die allgemeine Volksstimme auch für die Zukunft eine der bedeutsamsten Rollen unter den Heerführern zuweist. Patriotische Begeisterung ist der Schmuck der deutschen Jugend! Daran wird man gerade jetzt lebhaft erinnert, weil einerseits auf dem sächsischen Landtage das patriotische Verhalten der Leipziger Studentenschaft bei den vorigen Reichstagswahlen einer mißgünstigen Beurtheilung seitens der Sozialdemokratie unterzogen worden war und weil andererseits der österreichische Unterrichtsminister v. Gautsch das Leipziger Universitätsgesetz in Vergleich stellte mit dem, was er selbst für die österreichischen Universitäten in Vorschlag gebracht hatte. Herr von Gautsch behauptete, er hätte seinen Universitätsgesetzentwurf nach deutschen Mustern ausgearbeitet. Das ist wohl möglich; aber Herr von Gautsch ist weit hinter den deutschen Mustern zurückgeblieben. Er nannte das sächsische Universitätsgesetz das „strengste" seiner Art. Aber trotz seiner angeblichen Strenge geht es nicht soweit als das neuösterreichische, welches der heranwachsenden akademischen Jugend jede Beschäftigung mit öffentlichen Dingen unmöglich machen muß. Gestattet sind den Studenten Leipzigs Vereine und Versammlungen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. Die Theilnahme der Studirenden an solchen Vereinen und Versammlungen Anderer ist lediglich den bestehenden allgemeinen Vereinen und Gesetzen unterworfen. Die Leipziger Universitätsbehörde hat nur die Befugniß, solche Vereine und Versammlungen der Studenten unter sich oder deren Theilnahme an denen Anderer zu verbieten, „dafern sie geeignet sind, den Zweck und den Ruf der Universität zu beeinträchtigen". Daß hierunter sozialdemokratische Vereine fallen müssen, versteht sich von selbst. Das ist also nicht eine unterschiedliche, parteiische Behandlung, wie Herr v. Vollmar behauptete, sondern eine ganz natürliche Sache. Leipzigs Ruf litte schwer, wollte der Minister die Studenten sich an sozialdemokratischen Bestrebungen betheiligen lassen. Das österreichische Universitätsgesetz aber verbietet den Studenten politische Vereine schlechterdings und ebenso Verhandlungen über politische Angelegenheiten in Versammlungen von Studirenden. Herr v. Gautsch berief sich also mit Unrecht auf das sächsische Universitätsgesetz. Uebrigens ist es bekanntlich nicht dasselbe, wenn Zwei dasselbe thun. Das sächsische Gesetz gestattet den Leipziger Studenten die volle Pflege des Patriotismus, Herr v. Gautsch mußte sich aber sagen lassen, daß sein Entwurf darauf zugeschnitten sei, die Pflege deutscher Gesinnung den deutschen Studenten auf den österreichischen Universitäten unmöglich zu machen. Daß die Studenten in erster Linie zu lernen und nicht zu politisiren haben, versteht sich von selbst; aber der Staat würde gegen seine Lebensinteressen handeln, wollte er den akademischen Bürgern seiner Universitäten die Pflege des Patriotismus verkümmern. Die studirende Jugend ist die Blüthe der Nation, ihr Stolz und ihre Hoffnung. Wie in Leipzig, stehts auf den anderen 17 deutschen Universitäten auch, ebenso auf den polytechnischen Hochschulen. Darum erfüllt es das ganze deutsche Vaterland gewiß mit Freude, wenn der Sachsenkönig in die Mitte der Leipziger Studentenschaft tritt und ihn ihr tausendfacher Zuruf umbraust. König Albert erfährt das kräftige Rauschen des Geistes, der die akademische Jugend Leipzigs beseelt; das Gesammtvaterland weiß, daß es in Krieg und Frieden, in Noth und Gefahr auf seine akademischen Bürger zählen darf. Vivat Lipsia!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 20. Febr.

Berlin. Die heutigen Nachrichten über das Befinden des Kronprinzen lauten nicht sehr günstig. Der Correspondent des „Berl. Tagebl." in San Remo hält gegenüber der „Voss. Ztg." auf Grund der Angaben Dr. Mackenzie's seine angegriffenen Behauptungen durchweg aufrecht. Dr. Mackenzie habe Niemand beauftragt, ihn zu dementiren. Der Correspondent meint, nur Neider hätten die Depeschen der „Voss. Ztg." fabriziren können. Derselbe Correspondent meldet: Seit der Operation hat über den Charakter des Leidens des Kronprinzen unter den in San Remo anwesenden Aerzten keine formelle offene Diskussion stattgehabt. Deshalb seien auch die Berichte französischer Blätter, daß schwere Meinungsverschiedenheiten unter den Aerzten sich bereits offen geäußert hätten, vollkommen unrichtig. (Meinungsverschiedenheiten scheinen aber zu bestehen, da nur dementirt wird, sie hätten sich offen geäußert.) Bei der Ankunft des Großherzogs von Baden am Sonnabend äußerte der Prinz Heinrich zu dem Bürgermeister, er sei mit den Fortschritten im Zustande des Kronprinzen nicht ganz zufrieden. Das Tageblatt meldet endlich: Die letzte Nacht verbrachte der Kronprinz wieder weniger gut. Der Hustenreiz, welcher vielleicht doch durch Reibungen der Canüle verursacht wird, machte sich ziemlich stark geltend. Letzterer Umstand allein braucht zwar unmittelbare Besorgnisse nicht einzuflößen, aber wie der Kronprinz nach der Operation überhaupt keine besonders gute rekuperative (d. h. die verlorne Kräfte wieder einbringende) Kraft bewies, so ist auch das Allgemeinbefinden nicht sehr befriedigend. Gleichwohl halten die Aerzte an der Hoffnung fest, daß die lokalen Störungen von Ursachen herrühren, die sich noch beseitigen lassen. Zu der Bemerkung, daß die Canüle vielleicht Hustenreiz verursache, ist die Mittheilung vom „Lokal-Anzeiger" von Interesse, nach welcher Dr. Mackenzie eine kleinere Canüle eingesetzt hätte, weil in Folge der anfänglich zu großen Canüle die Luftröhre verletzt und Blutungen hervorgerufen worden seien. Trotzdem solle Dr. Bramann die kleinere Canüle entfernt haben.

Leipzig. Die Revision in Sachen der Berliner Diskontogesellschaft wider den Fiskus wegen zu unrecht erhobenen Schuldscheinstempels auf eine Million Mark, welche die oberschlesische Eisenbahngesellschaft schuldete, wurde heute vom Reichsgericht zurückgewiesen.

Stuttgart. Nach dem neuesten Bulletin ist bei dem König die Rückbildung auf der Lunge in langsamem, doch stetigem Fortschreiten. Der Verlauf des gestrigen Tages war sehr befriedigend.

Paris. Frankreich wurde von einem Schritte Rußlands bei den Signatarmächten in Kenntniß gesetzt, dessen Zweck ist, die Ungesetzlichkeit der Herrschaft des Prinzen Ferdinand in Bulgarien konstatiren zu lassen. Die Pforte soll eine Note nach Petersburg gesendet haben, worin sie verlangt, daß die bulgarischen Schwierigkeiten gemeinsam mit den Fragen der Herzegowina und Bosniens, in welchen Ländern die Mittelmänner widerrechtlich unterdrückt werden, verhandelt würden. — Gleichzeitig eingetroffene Nachrichten von der Freisprechung des Jägers Kaufmann und Prätows Tosini veranlassen die radikalen Blätter zu lebhaften Angriffen auf Floquet. — Das neu erschienene Blatt La Vie franco-russe, dessen Titelbild das russisch-französische Bündniß gegen Deutschland allegorisch darstellt, wurde am ersten Tage in 35,000 Exemplaren abgesetzt.

Brüssel. Im Auftrage des Kongostaates ging eine größere Expedition nach Yambuga am Zusammenfluß des Aruwimi und Kongo ab, um über das Schicksal Stanleys Erkundigungen einzuziehen. — Im Zustande des Königs von Holland ist eine bedeutende Besserung eingetreten.

London. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Venezuela sind abgebrochen, weil Venezuela sich weigert, 6000 Pfd. Sterling als Entschädigung für den Anspruch zu gewähren, den Großbritannien auf angeblich höchst werthvolle Goldbergwerke am Flusse Karom erhob, welche Venezuela mit Beschlag belegt hatte.

Die Berliner Börse verlief fest, erst gegen Schluß trat Abschwächung ein, dagegen fehlte jedes Leben, was namentlich auf die Krankheit des Kronprinzen zurückzuführen ist. Auch nach eingetretener Abschwächung vermochte sich der Verkehr nicht zu beleben. Der Kassaverkehr war gleichfalls leblos und ohne einheitliche Tendenz. Von Industrieen waren Hartmann 1 Proz. niedriger österr. Prioritäten im Allgemeinen fest. Privatdiskont $1\frac{3}{4}$ Prozent.

Frankfurt a. M., 20. Febr. Kredit 213,75. Staatsbahn 173,40. Lombarden 60,40. Galizier —,—. Egypter 75,10. 4proz. Ungar. Goldrente 77,40. Diskonto 187,20. vier Russen —. Handelsg. —. Laura —. Matt.

Wien, 20. Februar. Kredit 268,75. Staatsbahn 215,60. Lombarden 77,00. Nordwestb. 152,50. Markноten 62,22,5. Ung. Kredit 271,75. Still.

Paris, 20. Februar. (Schluß.) Rente 82,07. Anleihe 106,70. Italiener 93,37. Staatsbahn $432\frac{1}{2}$. Lombarden 170,00. do. Prioritäten —,—. Spanier $67\frac{1}{16}$. Egypter 378,43. Ottomanen 502,50. Neue Anleihe —. Türken —. Behauptet.

London, 20. Februar. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols $102\frac{1}{16}$. 1873er Russen $91\frac{1}{2}$. Italiener 93. Lombarden $6\frac{1}{16}$. Konv. Türken 14. 4proz. fundirte Amerikaner $128\frac{1}{4}$. 4proz. Ungar. Goldrente $76\frac{1}{4}$. Oesterr. Goldrente 86. Preuß. Consols $105\frac{1}{2}$. Egypter 75. Neue Egypter $101\frac{1}{2}$. Garant. Egypter $102\frac{1}{4}$. Ottomanbank 10. Suez-Aktien $83\frac{1}{4}$. Spanier $67\frac{1}{16}$. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Frost.

Amsterdam, 20. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März 193, per Mai 192, behauptet. Roggen per März 103, per Mai 102, behauptet.

Paris (Produkten), 20. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 24,00, per Mai-August 24,30, fest. Spiritus per Februar 46,00, per Mai-August 46,60, fest. Rüböl per Februar 52,25, per Mai-August 52,25, still.

London, 20. Februar. (Produkten) Schluß. Weizen stetig, Mehl und Gerste zu Gunsten Käufer, Mais ruhig, Mahlgerste ruhig. — Wetter: Frost.

Lokales und Sächsisches.

— Die Abreise der kgl. Majestäten nach Leipzig erfolgte am Sonntag Abend 7 Uhr 23 Minuten vom Leipziger Bahnhofe aus. Eine offizielle Verabschiedung fand nicht statt. In dem Gefolge der hohen Reisenden befand sich auch Herr Kultusminister Dr. v. Gerber, Exc.

— Der Besuch Sr. Majestät des Königs Albert in München ist auf den 5. März festgesetzt. Der Aufenthalt unseres Königs daselbst wird einige Tage dauern. Ihre Majestät die Königin Carola begleitet ihren Gemahl nach München, hält sich jedoch dort nicht auf, sondern reist noch selben Tags nach Oesterreich weiter.

— Se. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August wohnte am Sonnabend Abend in den interessanten Räumen der Kunstgenossenschaft einem mit vielem Beifalle aufgenommenen Vortrage des Herrn Freiherrn v. Mansberg über die goldene Pforte in Freiberg bei. Vor seinem Weggehen besichtigte der kgl. Prinz unter Leitung des Vorsitzenden, Herrn Prof. Hultzsch, sämmtliche Räume der Kunstgenossenschaft.

— Landtag. In der 2. Kammer referirte gestern Vicepräsident Streit über den inhaltlich bereits mitgetheilten Gesetzentwurf wegen einiger Abänderungen der Verfassungsurkunde, dahingehend, daß Sr. Majestät dem König künftig gestattet ist, über dasjenige Vermögen, welches ihm während der Regierung aus Privatrechtstiteln zufällt, auf den Todesfall zu verfügen. Die Deputation beantragt, dem Entwurf mit einer kleinen redaktionellen Abänderung zuzustimmen unter der Erklärung des Einverständnisses mit den hierdurch bedingten Abänderungen des Königl. Hausgesetzes. In namentlicher Abstimmung wird der Entwurf mit 64 Stimmen genehmigt. Bei dem Namensaufruf stimmten die socialistischen Abg. Geyer und Stolle mit Nein, während die Aeußerungen der Abg. Kaden und Bebel auf der Journalistentribüne nicht bestimmt zu vernehmen waren. Bei Verkündigung des Abstimmungsergebnisses wurde jedoch constatirt, daß sich 4 Abgeordnete der Abstimmung enthalten hätten, was sich nur auf die 4 anwesenden Sozialdemokraten beziehen konnte. — Der einzige Berathungsgegenstand der gestrigen Sitzung der 1. Kammer, in welcher für den durch Unwohlsein behinderten Präsidenten v. Zehmen Vicepräsident Dr. Stübel den Vorsitz führte, stand als einziger Gegenstand der von der 2. Kammer abgelehnte Gesetzentwurf wegen Herabsetzung des Zinsfußes bei der Landeskulturrentenbank zur Berathung. Die Gesetzgebungsdeputation, für welche Abg. v. Böhlau Bericht erstattet, hat unter Ablehnung der Regierungsvorlage einen Vermittelungsvorschlag des Herrn Sekr. Grafen Könneritz zu dem ihren gemacht, nach welchem die Landeskulturrentenscheine, die vom 1. Juli 1888 ausgegeben werden, mit jährlich $3\frac{1}{2}$ vom Hundert zu verzinsen sind. Der auf jährlich 5 vom Hundert des zu gewährenden Anlagekapitals festgesetzte Betrag der der Landeskulturrentenbank zu zahlenden Zinsen wird für die vom 1. Juli 1888 ab übernommenen Renten auf jährlich $4\frac{1}{2}$ vom Hundert und die Abentrichtungssteuer derselben auf den Zeitraum von 38 Jahren oder 152 Vierteljahren festgesetzt. Sekr. Graf Könneritz dankt der Deputation, daß sie seinen Antrag, den er eingehend begründet, acceptirt. Eine Ausdehnung des Gesetzes auf die bereits ausgegebenen Landeskulturrentenscheine wäre ihm beinahe noch sympathischer gewesen, er habe aber keinen Weg gesehen, um diesen Gedanken zu verwirklichen. Abg. Peltz erklärt, der in der 2. Kammer von dem Abg. v. Oehlschlägel gestellte Antrag habe ihm am meisten zugesagt. Es lasse sich darüber streiten, ob es besser sei, einen niedrigeren oder einen hohen Zinsfuß zu begünstigen. Während der niedrige Zinsfuß für die Rentner eine Calamität sei, setze ein hoher gewissermaßen Prämien für die Unthätigkeit fest, auch sei derselbe für den verschuldeten Grundbesitz sehr bedenklich. Auch hier sei die goldene Mittelstraße allein richtig. Es handle sich um die Lösung der Frage, wie man dem Creditsuchenden das billigste Geld verschaffe. Die von der Regierung vorgeschlagene Amortisationsrate sei ihm noch nicht hoch genug, doch sehe er von der Stellung eines Antrags ab. Ein bedenkliches Zeichen der Zeit sei es, daß man alle Lasten auf die kommende Generation übertragen will. Anzuerkennen sei allerdings, daß man in unserem engeren Vaterland hiervon eine rühmliche Ausnahme mache. Der Hang zum Schuldenmachen zeige sich namentlich in größeren Gemeinden, denen jetzt auch kleinere Gemeinden gefolgt seien. Er richte deshalb die Mahnung an die Regierung, an die Gemeinden nicht zu große Anforderungen zu stellen, um dieselben nicht zur Aufnahme von Anleihen zu veranlassen. Die Hinausschiebung der Amortisationsfrist nütze der Landwirthschaft gar nichts. Wenn man derselben aufhelfen wolle, dann solle man die Produktion schützen, den Zwischenhandel bekämpfen, die Währungsfrage regeln, das Erbrecht, unter welchem die Verschuldung lawinenhaft anwachse, ändern und die Wegebaulasten verringern. Er komme nach alledem zu dem Entschlusse, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Graf Rex findet die Regierungsvorlage gleichfalls sympathisch. Er wünscht

Confirmanden-Anzüge von $13\frac{1}{2}$ bis 40 M.
Robert Eger & Sohn, Frauenstrasse 11.